

05.02.2009

PARTEIEN / Wie die Grünen lernten, die Marktwirtschaft zu lieben. Und was sie dabei falsch gemacht haben

Reifeprüfung in der Politik

Ob langfristig exponentielles Wachstum möglich ist, muss bezweifelt werden.

VON SVEN GIEGOLD

„Dieser Programmteil wird noch überarbeitet“, hieß es zur Wirtschaftspolitik 1980 im ersten Parteiprogramm der Grünen. Die grüne Gründerzeit war geprägt vom Widerstand gegen die zerstörerischen Folgen des Wirtschaftens: Atomkraftwerke, industrielle Landwirtschaft, Gifte der Chemieindustrie, Straßenbau und Ausbeutung der Entwicklungsländer. Im Gegensatz zu den ökonomischen Ideen vieler K-Gruppen der 1970er-Jahre war die Staatswirtschaft nicht die grüne Alternative. Zu offensichtlich war der Staat selbst an der Umweltzerstörung beteiligt.

Es dauerte nicht lange, da entsprangen Zehntausende kleine und mittlere Ökounternehmen aus der Ökobewegung. Im Wettbewerb miteinander entwickelten sie umweltfreundliche Produkte, oft innovativer und von besserer Qualität als die konventionellen Angebote. Damit machte auch die grüne Partei ihren Frieden mit Markt und Wettbewerb. Heute ist es bündnisgrüner Konsens, dass die Marktwirtschaft ein effektives Mittel zum ökologischen Umbau der Wirtschaft ist, wenn der Staat die richtigen ökologischen Rahmen und Grenzen setzt. 1,8 Millionen Umweltjobs entstanden so nach Zahlen des Umweltbundesamts. Welch ein Erfolg gegen alle Widerstände!

Nach Ende von Rot-Grün versuchte dann eine Gruppe von grünen Politikern, Wirtschaftspolitik auf eine Art „grünen Ordoliberalismus“ zu reduzieren. „Die unsichtbare Hand des Markts wird grün“, schrieben sie im AutorInnenpapier Grüne Marktwirtschaft, wenn der Staat ökologische Leitplanken setzt, Verbraucherschutz garantiert und für eine hohe Wettbewerbsintensität sorgt. Damit wurde der Staat auf die Rahmensetzung verengt und die sozialen Ergebnisse von Märkten wurden nicht mehr hinterfragt. Aus dieser Vorlage entwickelte sich eine spannende Diskussion, die nun mit dem jüngst beschlossenen Programm für einen „grünen New Deal“ einen vorläufigen Abschluss fand.

Wir Grünen wollen heute nicht nur die ökologische und wettbewerbliche Regulation der Märkte, sondern auch die Finanzmärkte international regulieren. Wir wollen ebenso eine international koordinierte Wirtschaftspolitik und einen solidarischen Sektor in der Ökonomie. Wir brauchen heute in der Krise ein großes Investitionsprogramm für Klimaschutz und sozialen Ausgleich. Mittelfristig kann so ein „grüner New Deal“ die Nutzung fossiler Energiequellen und den Naturverbrauch massiv senken und gleichzeitig Wirtschaftswachstum und neue Jobs schaffen. Ob damit jedoch langfristig exponentielles Wirtschaftswachstum auf einem begrenzten Planeten möglich ist, muss bezweifelt werden.

Sven Giegold ist Mitbegründer von Attac in Deutschland und Kandidat der Grünen für das Europaparlament.

© Rheinischer Merkur Nr. 6, 05.02.2009